

Gemeinsame Erklärung der Bürgerinitiativen für den Schutz der Bevölkerung an den US-Militärbasen in Mittelfranken und der Oberpfalz

Ansbach, Auerbach i.d.Opf., Bad Windsheim, Kirchentumbach, den 25.01.2012

Truppenabzug als Chance für den ländlichen Raum nutzen – Konversionsprogramm für Nordbayern jetzt auflegen!

Die Bürgerinitiative Umwelt und Truppenübungsplatz (BUT, Landkreis Amberg-Sulzbach), der Zusammenschluss umweltbewusster Bürger (ZuB, Landkreis Neustadt a.d.Waldnaab) und die Bürgerinitiative (BI) „Etz langt´s!“ (Stadt und Landkreis Ansbach sowie Landkreis Neustadt a.d.Aisch – Bad Windsheim) erklären gemeinsam:

„Die im Zuge der katastrophalen Haushaltslage der USA sowie der Neuausrichtung der Militärstrategie angekündigten deutlichen Truppenreduzierungen bestätigen die Einschätzung unserer Bürgerinitiativen, wonach die Militärpräsenz in Mittelfranken und der Oberpfalz mittel- und langfristig keine strukturpolitische Option im ländlichen Raum mehr sein kann. Scheibchenweise wurde bekannt, dass von insgesamt vier US-Brigaden in Europa (davon drei in Deutschland) mindestens zwei abgezogen werden.

Obwohl die Politik in Bund und Land der US-Armee viele Wünsche, etwa großflächige Kasernenerweiterungen oder laxer Übungsbestimmungen –oftmals zu Lasten der Bevölkerung im Umfeld der Militärbasen– erfüllt hat, wird nun deutlich, dass das monostrukturelle Setzen auf das Militär mit Blick auf die Wirtschaftskraft in unseren Regionen seitens der bayerischen Landesplanung ein folgenreicher Fehler war. Während der Arbeitsplatzabbau beschleunigt fortgesetzt werden wird, bleibt die Lebensqualität der Menschen durch Schieß- und Fluglärm sowie weiterer Umweltbelastungen wohl auch zukünftig stark eingeschränkt. Das Gewicht der negativen Effekte der US-Präsenz wird somit gegenüber den positiven immer stärker in die Waagschale fallen.

Wir sind daher gemeinsam der Auffassung, dass der Truppenabzug als Chance für Mittelfranken und der Oberpfalz genutzt werden muss. Zahlreiche Städte und Gemeinden in Nordbayern haben gezeigt, dass der Abzug der US-Armee nicht nur zu mehr Lebensqualität, sondern mittelfristig auch zu mehr Arbeitsplätzen und steigenden Steuereinnahmen für die Kommunen führt. Als regionale Beispiele seien an dieser Stelle Fürth, Erlangen, Schwabach, Herzogenaurach, Zirndorf und Feucht angeführt. Nicht nur dort sieht man den Abzug als „Glücksfall“ für die wirtschaftliche Entwicklung.

Um den Erfolg der Umwandlung von militärischen Liegenschaften zu gewährleisten, ist eine rechtzeitige Planung der Konversion von Nöten. Anstatt wie bisher gebetsmühlenartig um den Verbleib der US-Kampfbrigaden zu betteln ohne die Belange der von den negativen Auswirkungen der Militärpräsenz betroffenen Menschen zu berücksichtigen, fordern wir gemeinsam die bayerische Staatsregierung auf, endlich ein umfassendes Konversionskonzept für Nordbayern aufzulegen. Der Vorrang militärischer Interessen muss beendet werden. Es kann beispielsweise nicht sein, dass trotz abziehender US-Truppen weiterhin die Ansiedlung von Betrieben in der Umgebung des Truppenübungsplatzes Grafenwöhr mit dem Argument verhindert wird, die Emissionen des Truppenübungsplatzes würden dem widersprechen.

Wie Staatsminister Söder gegenüber den Nürnberger Nachrichten erklärte, sind für „außergewöhnlichen Ereignisse“ wie dem massiven Truppenabzug bis zu 700 Millionen Euro für

die Landesplanung in Reserve. Es wird Zeit, dass mit diesen Mitteln das immer größer werdende Gefälle mit Blick auf die Leistungsfähigkeit einzelner Regionen innerhalb Bayerns abgefedert und der oft stiefmütterliche behandelte Raum jenseits der sog. „Entwicklungssachse“ München-Ingolstadt-Nürnberg-Würzburg aktiver gefördert wird.

Gerade der Abzug der US-Armee von den aufgeblähten Großstandorten Ansbach/Illesheim und Grafenwöhr/Hohenfels eröffnet hierfür vielerlei Chancen. Allerdings sind wir der Überzeugung, dass es nicht ausreichen wird, wie Minister Söder bereits plant, eine Behörde nach Mittelfranken oder die Oberpfalz „umzusiedeln“. Vielmehr muss in unseren Regionen konsequent in Bildung, Forschung und in regenerative Energien investiert werden. Gemeinsame Ausgründungen in Zusammenarbeit mehrerer Hochschulen, wie derzeit etwa in Form eines Technologiezentrums in Weißenburg geplant, kann auch die mittlere und nördliche Oberpfalz als Bildungsstandort stärken. Die Tatsache, dass in Westmittelfranken und in der westlichen Oberpfalz die US-Armee wiederholt Standorte für Windkraft verhindert hat, zeigt, dass der Truppenabzug die Energiewende in Bayern voranbringen kann.

Wir fordern die Staatsregierung auf, im Interesse der Zukunftsfähigkeit unserer Regionen die zivile Umnutzung der Militärbasen jetzt in die Wege zu leiten.“

gez.

Für die BUT
Armin Griesbeck
1. Vorsitzender

Für den ZuB
Rainer Knoll
Sprecher

Für die BI „Etz langt's!“
Boris-André Meyer
Pressesprecher